

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
21. Dezember 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilsbelmsöhle,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis: Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen! — Wie es zu Kriegen kommt. Von I. ch. — Die Frauen der österreichischen Arbeiterklasse während des Krieges. Von Adelheid Popp. — Die Zigarrenarbeiterin. Von M. Trott. — Politische Rundschau. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizenteil: Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!

Wenn nicht noch Zeichen und Wunder in der kurzen Spanne Zeit geschehen, die uns von Weihnachten trennt, so wird sich heuer am höchsten Feste der Christenheit mit dem feierlichen Glockengeläut der Kirchen der Schlachtendonner tot- und verderbenspeiender Kanonen vermischen. Lauter als Evangelistentexte, Predigten, Patriotenreden, Choräle, Heiligenachtsfänge und Kriegslieder werden die Seufzer Sterbender, die Schreie Verwundeter, Verstümmelter und Verschmachtender über die Erde gehen. Ihnen folgt der Chor des Jammers der Witwen und Waisen, der Eltern, Geschwister, Bräute und Freunde, das leise Weinen um entschwendenes Glück, die Klage um tote Hoffnungen und der Schrei der Darbenden und vor der Zukunft Bitternden. Denn Millionen verschiedener Nationen und Rassen sind es, mit denen der Krieg eine erschütternde, höllische Symphonie des Leids und Elends spielt. Das feine Ohr der Seele hört sie mit unauslöschlichem Grauen, hört den grenzenlosen Schmerz der ungezählten einzelnen, der darinnen redet, vernimmt den mitklingenden Weheruf zertretener Menschheitsideale, wie sie Christentum und Liberalismus den Völkern einst führend vorausgetragen haben, wie der internationale Sozialismus sie ihnen heute führend voranträgt.

Der jetzige Krieg hat eine Treibhaushitze des gesellschaftlichen Lebens und Geschehens geschaffen. In ihr gedeihen üppig alle Widersprüche, die der Kapitalismus in sich birgt. Deshalb wird auch bei dem diesjährigen Weihnachten der Widerspruch zwischen Schein und Sein, zwischen Wortbekenntnis und Tat besonders groß sein, wird er denen wehe tun, die den schweren Ernst der Zeit empfinden.

Unter dem Drucke der Gegenwart können wir als Sozialisten nicht frei aussprechen, was wir dem Volke der Arbeit zur Kritik der Wirklichkeit wie des Scheins zurufen müßten. Allein wir vermögen auch nicht in die Weihnachtshöre einzustimmen, in denen neben viel ehrlicher Gesinnung, echter Begeisterung und opferbereitem Heldentum so viel falsche Töne

von Geschäftskundigen und Strebern aufdringlich vorklingen. So ist uns an der Schwelle der Weihnacht Schweigen über vieles Pflicht, was uns das Herz bewegt, gerade um des großen Vaterlandes willen, das wir den Kindern und Kindeskindern aller Nationen und Rassen im Sozialismus zu eigen geben wollen.

Nur einem müssen wir Ausdruck geben. Das ist der Sehnsucht, aus der vor Jahrtausenden die Botenschaft der himmlischen Heerscharen an die armen Hirten auf dem Felde geboren wurde, eine Sehnsucht, die heute von Angesicht zu Angesicht mit den Schrecken des Krieges stärker als je die Herzen der Völker bewegt.

Friede und Wohlgefallen für alle, die für die Sicherheit, die Unabhängigkeit, das freie Selbstbestimmungsrecht ihres Vaterlandes bange Sorge tragen, welcher Nation sie auch seien.

Friede und Wohlgefallen für alle, die in den Schützengräben und auf hoher See von Gefahren gehebt, vom Tode belauert einander bekämpfen müssen, während sie miteinander arbeiten und wirken sollten; die in fremde Landstriche gebannt sind, während sie in brennendem Weh nach der Heimat und den Lieben verlangen.

Friede und Wohlgefallen für alle, deren Gedanken in verzehrender Seelenangst nach den Schlachtfeldern wandern, deren Herzen von Tod und Zerstörung blutende Wunden geschlagen worden sind.

Friede und Wohlgefallen für alle, die in quälender Sorge den Kampf gegen Hunger und Blöße und ihre Ursachen führen; die in heißem Verlangen emporstreben zum Recht und zur Freiheit; die in ehrlicher Überzeugung dem Allgemeinwohl, der Menschheit zu dienen begehren.

Friede und Wohlgefallen für alle, die über den dampfenden Blutstrom hinweg das Land der Menschheitsverbrüderung mit der Seele suchen. Friede und Wohlgefallen den Proletariern aller Länder, die der Kapitalismus gegeneinander treibt, und die im Sozialismus geeint bleiben müssen, wenn sie ihre Ketten verlieren und eine Welt gewinnen wollen.

Wie es zu Kriegen kommt.

Vergleiche mit den Vorgängen des Jahres 1870 sind jetzt an der Tagesordnung. In der Tat gibt es zum Verständnis der Gegenwart keine bessere Lehrmeisterin als die Geschichte. Auch diesmal, gerade wie vor 44 Jahren, ist der Krieg unplötzlich ausgebrochen. Allerdings hatte man schon Jahre lang von ihm gesprochen, allein wie ein Blitz aus heiterem Himmel brach das Unwetter in einem Augenblick los, in dem die große

Öffentlichkeit es am wenigsten erwartete. Sehen wir zu, ob uns die Ereignisse von 1870 zum Verständnis dessen nützen können, was 1914 geschah.

Der Sommer des Jahres 1870 atmete tiefsten Frieden. In der französischen Abgeordnetenkammer wurde am 30. Juni die Präsenzstärke des Heeres um 10 000 Mann herabgesetzt, und zwar geschah dies auf Wunsch der Regierung, die damit vor aller Welt ihre Friedensliebe bekunden wollte. Der Ministerpräsident Ollivier bekräftigte sie noch ausdrücklich durch

den Ausspruch: niemals sei der Friede gesicherter gewesen als jetzt. Dazu kommt noch dieses: Der Kaiser Napoleon war krank und wünschte um diese Zeit ganz gewiß nichts sehnlicher, als seine Ruhe zu haben. Bismarck sowie die meisten preussischen Minister und ebenfalls der König von Preußen befanden sich in Ferien. Es erscheint also völlig unbegreiflich, daß damals innerhalb zweier Wochen die Kriegesfurie entseffelt werden konnte.

Der Zwischenfall, der — angeblich — so tragische Folgen zeitigte, war ungläublich unbedeutend. In Spanien suchte man einen neuen König für den Thron, der durch eine Revolution unbesetzt war, und man hatte die Krone unter anderen auch einem Prinzen von Hohenzollern aus der Linie Sigmaringen angeboten. Es ist später behauptet worden, hierbei habe Bismarck seine Hand im Spiele gehabt, um einen Einspruch Napoleons zu provozieren und damit künstlich Schwierigkeiten zu schaffen. Das läßt sich aber nicht beweisen, und die Sache ist auch höchst unwahrscheinlich. Denn man darf nicht vergessen, daß die spanischen Minister sich damals schon seit etwa anderthalb Jahren auf der Königssuche befanden und in dieser Zeit durchaus nicht zuerst auf den Sigmaringer Leopold verfallen waren. Er war vielmehr der vierte, an den sie sich wandten, und er hatte auch erst auf langes Drängen zugefagt, die spanische Königskrone tragen zu wollen. Nicht weniger als dreimal hatte sein Vater in seinem Namen sie abgelehnt, erst als zum vierten Male das Angebot erneuert wurde, nahm er es in den ersten Tagen des Juli 1870 an.

Daß dem Kaiser Napoleon der Gedanke nicht behaglich war, auf dem Throne des mächtigen Reiches an Frankreichs Südgrenze einen Hohenzollern zu wissen, das läßt sich begreifen. Zwar richtet sich die „hohe“ Politik verzweifelt wenig nach verwandtschaftlichen Gefühlen und Rücksichten. Sonst wäre ja schon längst in Europa kein Krieg mehr möglich, füttemalen die sämtlichen Kaiser, Könige und Fürsten der europäischen Staaten untereinander ganz nahe verwandt sind. Der deutsche Kaiser und der König von England sind leibhaftige Vettern; die Königin von Belgien ist eine Schwägerin des Kronprinzen von Bayern; der Russenar ist Schwager eines deutschen Großherzogs. Das hat aber den wütenden Krieg nicht verhindert. Indessen, wer wollte von einem Napoleon oder von seinen Ministern eine tiefere Kenntnis geschichtlicher Zusammenhänge erwarten! Diese Leute sagten sich: ein Hohenzoller an der Ostgrenze, ein anderer Hohenzoller an der Südgrenze des Reiches, das kann ungemütlich werden. Und sie erhoben Einspruch bei der preussischen Regierung.

Die Verhandlungen, die sich hieran knüpften, sind unerheblich, weil am 12. Juli der Prinz Leopold auf Spaniens Thron freiwillig verzichtete. Damit konnte die Sache vollkommen erledigt sein. Daß sie es nicht war, sondern dennoch zum Kriege führte, wird bekanntlich oft als alleinige Schuld Bismarcks hingestellt. Dem kann jedoch eine unparteiische Geschichtsschreibung nicht beipflichten. Ohne Bismarcks Verschulden im geringsten zu beschönigen — es soll davon sogleich die Rede sein —, muß man doch feststellen, daß auf der anderen Seite die Schuld, d. h. der Wille zum Kriege genau ebenso groß war.

In Paris nämlich war seit dem 15. Mai, also erst seit ganz kurzer Zeit, ein Herr von Gramont Minister des Auswärtigen. Er hatte schon vor dem Verzicht des Sigmaringers eine neue Verwicklung geschaffen, und zwar offenbar in voller Absicht. Der König von Preußen hatte sich im ganzen veröhnlich gezeigt. Zwar behauptete er, auf die Entschlüsse eines Prinzen der Sigmaringer keinen Einfluß zu haben, aber er ließ doch erkennen, daß er die Annahme des Thrones nicht decken würde. Anstatt hiermit zufrieden zu sein, verlangte Herr v. Gramont nunmehr auch noch „Garantien für die Zukunft“. Und als am 12. Juli der Verzicht erfolgte, schickte er gleichwohl noch einmal den Botschafter Benedetti nach Ems zum König Wilhelm, um von ihm diese „Garantien für die Zukunft“ zu verlangen.

Wir meinen, diese Tatsache beweist, daß, wenn nicht Napoleon, so doch Herr v. Gramont den Krieg wollte. Freilich

wird dadurch nicht im mindesten das erschüttert, was Wilhelm Liebknecht in seiner Broschüre „Die Ems-Depesche“ über das verhängnisvolle Eingreifen Bismarcks festgestellt hat, zumal das ja von Bismarck selbst zugegeben ist. Über die Vorgänge nämlich, die sich am 13. Juli in Ems zwischen dem König von Preußen und dem französischen Gesandten Benedetti abspielten, erhielt Bismarck nach Berlin eine telegraphische Nachricht. Diese „Ems-Depesche“ hat er durch Streichungen und Kürzungen so „redigiert“, daß alle Welt annehmen mußte, der König und der Gesandte hätten sich in Ems gegenseitig beleidigt, was in Wirklichkeit nicht der Fall war. Diese so „redigierte“ Depesche hat Bismarck dann nicht nur durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht, sondern auch allen Regierungen außer der französischen amtlich zugestellt und dadurch die Kriegserklärung erzwungen. Wer sich für die Einzelheiten interessiert, mag sie in der genannten Broschüre Liebknechts nachlesen.

Also daran ist kein Zweifel: Bismarck wollte den Krieg und wollte ihn gerade in jenem Augenblick, aber genau dasselbe gilt auch für Herrn v. Gramont! Damit ist dann aber klar und erwiesen, daß die spanische Thronkandidatur, von der man so viel Aufsehens gemacht hat, gar nicht der wirkliche Grund zum Kriege gewesen ist, sondern nur ein beiden Seiten gleich willkommener Vorwand. Beide taten, was in ihren Kräften stand, um die an sich höchst gleichgültige „Frage“ nicht zur Ruhe kommen zu lassen, sondern zum Kriegsaulaß aufzubauschen. Dann fragt es sich aber, warum sie sich von beiden Seiten so begierig auf diesen Vorwand stürzten, und welches ihre wirklichen Beweggründe waren. Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten.

Man muß beachten, daß ähnliche Zwischenfälle, zum Teil sogar solche von viel größerer Wichtigkeit, während der vorangegangenen Jahre wiederholt vorgekommen, aber jedesmal gütlich beigelegt worden waren. In den Jahren 1866 bis 1868 gab es einen Aufstand in Kreta, einen scharfen Konflikt zwischen Bulgarien und Rumänien, der sich bis zur rumänischen Mobilmachung zuspitzte, eine Verschwörung in Serbien, den Versuch eines polnischen Aufstandes in Galizien. Auch die schleswig-holsteinischen Schwierigkeiten, die den Anlaß zu den Kriegen von 1864 und 1866 gegeben hatten, waren noch keineswegs völlig behoben und führten 1868 zu einem scharfen Konflikt zwischen Preußen und Dänemark. Dieses wandte sich an die französische Regierung, die ihrerseits mit der österreichischen und russischen beiständig geheime Verhandlungen pflog. Am bedrohlichsten gestaltete sich 1868 die sogenannte „Luxemburger Frage“. In dem sozusagen neutralen Luxemburg standen preussische Truppen in Gemäßheit alter Verträge. Nun wurde die strategisch wichtige luxemburgische Eisenbahn von einer französischen Gesellschaft angekauft, die im Anschluß daran neue Linien in Belgien bauen und vorhandene belgische Linien dazu kaufen wollte. Da der Besitz von Eisenbahnen höchst wichtig ist für die Mobilmachung und den Truppenaufmarsch, so konnte sich Preußen durch das alles wirklich bedroht fühlen, und sein Einspruch war begründet. Aber man einigte sich gütlich: Preußen zog seine Truppen aus Luxemburg zurück, und die belgischen Eisenbahnen gingen nicht in französische Besitz über. Bei einigem „guten“ Willen hätte jede einzelne der angeführten Fragen mehr als genügenden Anlaß zum Kriege gegeben. Weshalb war es nicht dazu gekommen, und weshalb kam es dennoch zum Kriege bei dem ungleich nichtigeren Anlaß der spanischen Thronkandidatur 1870?

Die Antwort finden wir in dem Werke eines hervorragenden französischen Historikers namens Seignobos, dessen strenge Unparteilichkeit in diesen Dingen außer Zweifel steht. Als der König von Preußen sich nachgiebig zeigte und der Prinz von Hohenzollern gar Verzicht auf die Krone leistete, da war — so schreibt Seignobos — Herr v. Gramont überzeugt, daß Preußen nicht genügend gerüstet sei und nur Zeit gewinnen wolle, um stärker zu rüsten und dann zu gegebener Zeit über

Frankreich herzufallen. Frankreich selbst aber hielt er für ausreichend gerüstet, denn der Kriegsminister hatte gesagt: „Wir sind bereit, erzbereit.“ Dies war es, was den Ministerpräsidenten Ollivier am 15. Juli zu dem Ausspruch verleitete: „Wir übernehmen leichten Herzens die Verantwortung für diesen Krieg.“

Ganz ebenso lagen die Dinge jedoch auf Seiten Bismarcks, wie aus dessen eigenen Äußerungen unzweideutig hervorgeht. Am 20. September 1892* erschien in der Wiener „Neuen Freien Presse“ eine Veröffentlichung, die von einem ungenannten Tischgast Bismarcks herrührte. Danach soll sich Bismarck im Kreise seiner Vertrauten wie folgt über die Sache geäußert haben:

„Die Situation lag für uns damals äußerst günstig. Wir waren tatsächlich die Provozierten, und da die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Frankreich uns allen längst klar war, erschien jetzt der Augenblick zum Losschlagen sehr geeignet. Ich verließ also Paris, um mich in Berlin mit Moltke und Roon über alle wichtigen Fragen auszusprechen. Unterwegs erhielt ich die telegraphische Mitteilung, daß der Fürst von Hohenzollern um des lieben Friedens willen die Kandidatur seines Sohnes zurückgezogen habe und alles in schönster Ordnung sei. Ich war von dieser unerwarteten Lösung ganz bestürzt; denn ich fragte mich: wird sich je wieder eine so günstige Gelegenheit darbieten?“

Weiter erzählt dann Bismarck das Eintreffen der Depesche des Königs aus Ems, während er mit Moltke und Roon bei Tisch saß:

„Wir waren alle tief niedergeschlagen. Wir hatten die Empfindung, die Sache verläuft im Sande. Da stellte ich an Moltke die Frage: Ist das Instrument, das wir zum Kriege brauchen, ist unser Heer wirklich so tüchtig, daß wir mit größter Wahrscheinlichkeit auf einen Erfolg den Krieg aufnehmen können? Moltke war felsenfest in seinem Vertrauen. Wir haben nie ein besseres Werkzeug gehabt, als in diesem Augenblick,“ sagte er.“

Daraufhin nahm Bismarck die erwähnte Änderung der Depesche vor, die sie — nach Moltkes Ausdruck — aus einer Chamade (Rückzugssignal) zu einer Fanfare (Angriffsbefehl) machte. Diese Darstellung wird von Bismarck selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ bestätigt.

Also: wenn im Juli 1870 der Krieg ausbrach, so lag dies keineswegs an der völlig gleichgültigen spanischen Thronkandidatur, sondern daran, daß auf der einen Seite Herr von Gramont, auf der anderen Seite Bismarck den Augenblick für günstig hielt, weil jeder glaubte, die eigene Armee sei besser gerüstet als die des Gegners. Man lerne hieraus, daß es gut ist, bei solchen Gelegenheiten den Angaben der Diplomaten nicht allzu viel Vertrauen zu schenken! Weder in Frankreich noch in Deutschland wurde gesagt: zum Kriege muß es ja doch einmal kommen, jetzt sind wir die stärkeren, also schlagen wir jetzt los. Auf beiden Seiten stellte man sich vielmehr als den „Beleidigten“ hin, der nur zur Verteidigung, nur zur Wahrung der eigenen Ehre und des Vaterlandes zum Schwertgriff. Keiner wollte der Angreifer sein. Und bei Lichte besehen, war auch wirklich keiner der Angreifer. „Der Krieg mit Frankreich lag länger in der Luft,“ sagt zum Beispiel Bebel in seinen Memoiren. (Band II, Seite 168.) Seit 1866 war jeder Politiker überzeugt, daß der nächste Krieg ein Krieg mit Frankreich sein werde. Woher diese Überzeugung?

Die Einigung Deutschlands aus einem Haufen bis dahin machtloser Kleinstaaten zu einer neuen Großmacht, war eine wirtschaftliche Notwendigkeit, damit sich die kapitalistische Produktion entfalten konnte. Bis 1866 war die Einigung durch die Rivalität zwischen Österreich und Preußen verhindert worden. Der Krieg von 1866 hatte Österreich zum Austritt aus dem Bunde gezwungen, und Preußen durch die Einverleibung von Hannover usw. schon zu einer selbständigen Großmacht erhoben. Nun war es nur noch eine Frage der Zeit, wann das Deutsche Reich unter Preußens Führung ent-

* Vergleiche Wilhelm Liebknecht, „Die Emscher Depesche“, 1894, Seite 58/59.

stehen werde. Für die Deutschen war es eine Notwendigkeit, aus dem Elend der Kleinstaaterei herauszukommen. Auch für das französische Volk war es sicherlich vorteilhaft, wenn Deutschland als ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet entstand. Nicht aber für den französischen Kaiser. Er hatte bis dahin die Vormacht in Europa und dadurch in der ganzen Welt befehen, er war sozusagen der Schiedsrichter, da nur Rußland und England ihm an Macht gleichkamen. Für diese seine Vormachtstellung erschien die Entstehung eines neuen Deutschen Reiches gefährlich, und deshalb fühlte alle Welt, daß er sie nicht dulden werde. Zweifellos hätte er schon 1866 gern eingegriffen und war daran nur durch die schnelle Beendigung des Krieges verhindert worden. Aber gerade deswegen das allgemeine Gefühl, daß seit 1866 der Krieg „in der Luft lag“.

Es muß demnach bei den Vorgängen von 1870 dreierlei unterschieden werden: Erstens die Gründe, die die Diplomaten angaben, das heißt ihre Vorwände; das waren die spanische Thronfrage und die angeblichen gegenseitigen Beleidigungen. Zweitens die wirklichen Gründe der Diplomaten, nämlich die Überzeugung, wonach ein jeder der beiden Gegner sich in jenem Augenblick für den besser gerüsteten hielt. Endlich drittens die wahren Gründe, die tiefer lagen, als daß die Diplomaten darauf einen Einfluß hätten haben können, nämlich die Notwendigkeit der Reichsgründung für die Deutschen und die Notwendigkeit für Napoleon, sich dem zu widersetzen. Wir glauben, daß die gleiche Dreiteilung auch zum Verständnis des Kriegsausbruchs 1914 viel nützen kann.

l. ch.

Die Frauen der österreichischen Arbeiterklasse während des Krieges.

Rauh, furchtbar hat uns der Krieg aus unseren schönsten Träumen gerissen. Alle die Absichten, die wir für die Tagung der Internationalen Frauenkonferenz hatten, zerfloßen in nichts. Entsetzt trat an die Stelle der Begeisterung, mit der wir die Genossinnen begrüßt hätten, die wir aus allen Ländern in Wien erwarteten. Wie wird die Arbeiterinnenbewegung diese schweren Zeiten überstehen, was wird der Krieg und was wird der Ausnahmezustand von unseren Organisationen übrig lassen? Das waren die hangen Fragen, die wir uns selbst stellten.

Alles Parteileben, jede Organisationstätigkeit schien unmöglich. Viele Genossinnen stellten sich in den Dienst der öffentlichen Hilfsstätigkeit, um die Leiden des Krieges für die breiten Massen zu lindern. Schon um die Mitte September begann es sich aber wieder da und dort auch sonst zu regen. Vor allem unsere Genossinnen in Böhmen begannen damit, Besprechungen und Konferenzen abzuhalten, um einen klaren Überblick darüber zu erlangen, wie groß für die Bewegung die eingetretenen Schädigungen seien. Auch in Wien gingen die Genossinnen bereits im zweiten Monat des Krieges wieder daran, Versammlungen zu veranstalten. Die Verhandlungsgegenstände waren der Zeit angepaßt. Öffentliche Hilfsstätigkeit, Seuchengefahr, Unterhaltsbeiträge waren die Vortragsthemen. Nebenbei fanden aber Konferenzen der Organisationsleiterinnen statt, die den Zweck verfolgten, die Genossinnen aufzumuntern, die Organisationen trotz der schweren Zeit aufrecht zu erhalten. Anfang November tagte eine Konferenz von Vertreterinnen der freien politischen Organisationen und der Gewerkschaften, auf der mit besonderem Nachdruck eine regere und intensive Organisationstätigkeit empfohlen wurde. Alle Genossinnen waren in dieser Hinsicht einmütig der gleichen Meinung. Der Pessimismus der vorausgegangenen Wochen war verfliegen, Zuversicht belebte wieder die Gemüter.

Am 14. November fand eine noch bedeutendere Konferenz statt, zu der das Frauenreichs-Komitee die Genossinnen der verschiedenen deutschen Länder des österreichischen Staates geladen hatte. Aus Böhmen, Mähren, Tirol, Salzburg,

Steiermark und selbstverständlich aus Niederösterreich waren Vertreterinnen unserer Bewegung erschienen. Unsere Genossinnen in Oberösterreich, Schlesien, Kärnten und Vorarlberg hatten schriftliche Berichte eingeschickt. In erster Linie beschäftigte sich die Konferenz mit einer internationalen Sache. Ihr lag die Botschaft der arbeitenden Frauen Großbritanniens vor, die uns, wie den Genossinnen anderer Länder, von den holländischen Schwestern übermittelt worden war. Die Konferenz nahm sie mit großer Begeisterung auf und beschloß, die Kundgebung der Genossinnen Englands herzlich zu erwidern.

Dann berichteten die Genossinnen über die Lage der Arbeiterinnen und über den Stand der Frauenorganisationen. Viel trauriges wurde da erzählt. Wir wollen hier nicht von den seelischen Empfindungen sprechen, die die Frauen und Mütter der auf dem Schlachtfeld weilenden Männer bewegen. Die Genossinnen Deutschlands kennen sie aus eigenem Erleben, das wohl ein internationales Leid, ein internationaler Schmerz sein wird. Sprechen wollen wir nur von den wirtschaftlichen Wirkungen des Kriegs. Diese treffen die Arbeiterinnen hart und unerbittlich. Die Arbeitslosigkeit ist wohl für die Frauen eine noch furchtbarere Geißel als für die Männer. Gibt es doch für die Frauen keine öffentlichen Notstandsarbeiten, und die Gattinnen und Mütter sind an die Scholle noch fester gebunden als die männlichen Proletarier. Die Arbeitslosigkeit tritt mit ihren Plagen von zwei Richtungen her an die Frauen heran. Entweder werden sie selbst arbeitslos, oder wenn sie nicht einem Verdienst nachgehen mußten, so trifft sie die Arbeitslosigkeit des Mannes und der Kinder.

In der österreichischen Textilindustrie sind Tausende Arbeiterinnen ganz brotlos geworden, und eine noch größere Zahl arbeitet nur drei bis vier Tage in der Woche. Besonders schlimm sind auch die Porzellan- und Glasarbeiterinnen daran. Die betreffenden Industriezweige liegen vollständig darnieder. Tieftraurig ist ferner die Lage der Arbeiterinnen in der Holzindustrie, der Schneiderinnen und Modistinnen. Die Dienstmädchen wurden durch die Folgen des Krieges ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. Meinten doch viele Herrschaften, die Mädchen müßten aus lauter Patriotismus nun umsonst dienen. Andere versuchten es, ihr Hauspersonal mit dem halben oder einem Viertel des seitherigen Lohnes abzuspeisen. Viele Mädchen wurden ganz entlassen, und die „Sparjammen“ Hausfrauen sind gewöhnlich jene, die es nicht notwendig haben, zu knausern. Wohl sind neue Arbeitsgelegenheiten aufgetaucht, aber es ist ausgeschlossen, daß sie dem großen Heer der beschäftigungslosen industriellen Arbeiterinnen einen Verdienst sichern. Was die Strick- und Näharbeit für das Heer anbelangt, so ist sie nicht sehr lohnend, und dann ist gerade dafür das große Angebot freiwilliger Arbeit vorhanden, die denen die Beschäftigung entzieht, die verdienen müssen. In den größeren Städten ist die Verdienstmöglichkeit ja besser, in den ländlichen Industrieorten aber ist wenig davon zu spüren.

Zur Arbeitslosigkeit der Frauen kommt die der Männer. Wenn diese nur drei Tage in der Woche arbeiten, muß die Frau jeden Pfennig dreimal wenden, ehe sie ihn ausgeben darf. Gesteigert wird der Notstand durch die *T e u e r u n g*, die immer erschreckender fühlbar wird. Wohl bekommen die Frauen der Einberufenen einen staatlichen Unterhaltsbeitrag, wer aber sorgt für die Arbeitslosen, wenn die Gewerkschaften nicht mehr oder nicht im vollen Ausmaß Unterstützungen geben können? Öffentliche Speisungen oder die Verteilung von Lebensmitteln sind nur ein ungenügender Ersatz für den entgangenen Lohn.

Was ist nun die Folge dieser Kriegswirkungen? Daß fast die Hälfte der politisch organisierten Frauen keine Beiträge entrichten kann. Wohl sind die Frauen der Organisation treu geblieben, aber sie sind unvermögend, ihre vollen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Konferenz vom 14. November hatte nun die Aufgabe, darüber zu beraten, wie jede Besserung der

Verhältnisse — und die Verhältnisse beginnen sich zu bessern — auszunützen ist, um die Frauen an die Organisation zu fesseln, die ja ihr einziger Schutz ist. Man will wieder mit den monatlichen Zusammenkünften der Mitglieder beginnen; auch Versammlungen sollen stattfinden; im Dezember werden Sonntags Zusammenkünfte abgehalten, die in Beziehung mit Weihnachten gebracht werden. Die Genossinnen, die an der Wiener Konferenz teilnahmen, waren voll Zuversicht; sie hoffen, daß es gelingen wird, bald über den Stillstand in der Bewegung hinwegzukommen. Keinen Augenblick ließen sie sich durch die Befürchtung niederdrücken, daß der schreckliche Krieg das Fortschreiten des Sozialismus dauernd hindern könne. Wir alle sind der Meinung, daß die Konferenz viel Nutzen bringen wird, denn sie hat den Genossinnen neues Vertrauen in ihre Kraft gegeben. Allerdings in dem gleichen Umfang wie früher wird erst wieder gearbeitet werden können, wenn der Krieg zu Ende ist. Die Schlussfolgerung daraus ergibt sich von selbst.

A d e l h e i d P o p p, Wien.

Die Zigarrenarbeiterin.

Beinahe 75 000 Arbeiterinnen sind in Deutschland in der Zigarren- und Zigarettenbranche beschäftigt. Im Jahre 1861 waren es erst 21 000, 1895 belief sich ihre Zahl schon auf 68 000, und jetzt zählt man wie gesagt fast 75 000. Allerdings ist die letzte Zahl nicht ganz zuverlässig, da die neueste Statistik noch nicht bekannt geworden ist. Das Heer der Zigarrenarbeiterinnen hat sich also außerordentlich vergrößert, und das ist um so verwunderlicher, als die Bezahlung, die eine Arbeiterin erhält, die denkbar schlechteste ist. Die Löhne der Zigarrenarbeiterinnen gehören zu den niedrigsten, die überhaupt in der Industrie gezahlt werden. Fast in allen Fabriken herrscht Akkordarbeit. Nur ganz wenige ältere Arbeiterinnen stehen im Tagelohn. Diese hervorragend tüchtigen Arbeiterinnen verdienen in der Woche 10 bis 15 Mk., aber lange nicht alle, sondern nur etwa 8 Prozent von ihnen, erreichten die Höchstsumme von 13 bis 15 Mk. 41 Prozent aller Beschäftigten hatten einen Wochenlohn von 6 bis 10 Mk., und 37 Prozent begnügten sich mit 4 bis 6 Mk. und weniger. Als Durchschnitt ist festzustellen, daß die Zigarrenarbeiterin bei elf- bis zwölfstündiger Arbeitszeit 6 bis 8 Mk. in der Woche verdient.

Unter solchen Umständen muß die Frage gerechtfertigt erscheinen, weshalb sich Tausende von Frauen zu dieser Beschäftigung drängen. Die Erklärung ist eine sehr einfache. Etwa 31 Prozent, also fast ein Drittel aller Zigarrenarbeiterinnen sind verheiratet. Sie alle arbeiten im Akkord. Jeder steht frei, bald zu dieser, bald zu jener Stunde in die Fabrik zu kommen und sie auch zu jeder beliebigen Stunde zu verlassen, um daheim für kurze Zeit ihren häuslichen Pflichten nachzugehen. Da gibt es denn viele Frauen, die sich alltäglich 4 bis 6 Stunden in die Fabrik setzen, um zwischen der Hausarbeit die wenigen Pfennige zu verdienen. In manchen Fabriken war es auch lange Zeit erlaubt, daß Mütter ältere Kinder mitbrachten, die dann ebenfalls Akkordarbeit verrichteten, natürlich zu einem noch geringeren Lohnsatz als die Erwachsenen. Da die Zigarrenarbeit keine besonderen Körperkräfte voraussetzt, so nahm man auch nirgends den geringsten Anstand, Kinder unter 14 Jahren auszubeuten. Heute ist das ja erfreulicherweise etwas besser geworden, wenigstens in den Fabriken, dennoch ist die Zahl der Arbeiterinnen unter 16 Jahren in diesem gesundheitschädlichen Beruf immer noch stattlich.

Im Großherzogtum Baden, jenem Lande, das etwa ein Viertel der deutschen Tabakfabrikation umfaßt und von dessen Einwohnerschaft ein großer Prozentsatz in der Zigarrenindustrie tätig ist, gibt es erheblich mehr weibliche als männliche Arbeiter in diesem Gewerbe. In den anderen Produktionsgebieten Deutschlands, als deren hauptsächlichste zu nennen sind: die Hansastädte, Westfalen, Rheinland, Oberhessen, Sachsen und Berlin, ist die Frauenarbeit nicht annähernd so stark vertreten wie in Baden.

Der Gesundheitszustand der Zigarrenarbeiterin ist ein sehr schlechter. Es ist schrecklich zu hören, daß mehr als 80 Prozent aller Zigarrenarbeiterinnen der Tuberkulose zum Opfer fallen. Schuld daran tragen die durch die niedrige Entlohnung bedingte mangelhafte Ernährung und die mit dem Arbeitsprozeß verknüpften gesundheitlichen Schädigungen. Dazu kommt freilich noch, daß alle diejenigen schwächlichen und kränklichen Personen, die zu anderen Arbeiten untauglich sind, sich der Zigarrenarbeit zuwenden. Unheimlich groß, wenn auch nicht unerklärlich unter solchen ungünstigen Lebensbedingungen, ist bei den Zigarrenarbeiterinnen die Zahl der totgeborenen Kinder. Nicht minder hoch ist die Sterblichkeitsziffer der heranwachsenden Jugend, deren einziges Erbteil so häufig die Tuberkulose ist.

Das traurige Los der Zigarrenarbeiterin schreit nach Verbesserung. Erhöhung der Löhne, bessere Regelung der Frauenarbeit, Verbot der Kinderarbeit, wirksamere sanitäre Einrichtungen sind unumgänglich. Auch tut den Arbeiterinnen hygienische Aufklärung not, um sie bei der Arbeit zu größerer Vorsicht und gegenseitiger Rücksichtnahme zum Beispiel bei der Beseitigung des Auswurfes anzuhalten. Leider aber wird das alles, wenigstens vorerst noch, ein frommer Wunsch sein. Tausende und Tausende von Frauen und Kindern werden noch elend zugrunde gehen müssen, und noch lange wird das Schicksal der Zigarrenarbeiterin unfähiglich düster bleiben.

M. Trott.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Generalkommission hat ihrer ersten Kriegsstatistik vom Anfang September am 31. Oktober eine zweite folgen lassen. Ihre Grundlage ist die Mitgliederzahl am Schlusse des zweiten Quartals 1914. Die Zentralverbände zählten damals 2 522 643 Mitglieder, sie hatten seit Ende 1913 den kleinen Zuwachs von 3417 Arbeitern und Arbeiterinnen zu verzeichnen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug am Schlusse des zweiten Quartals dieses Jahres 190 396. Zwei Gewerkschaften haben nach der Erhebung während der Kriegszeit an Mitgliedern gewonnen: die der Fleischer um 747 und die der Bäcker um 555. Nach der zweiten Statistik waren bis zum 31. Oktober rund 661 000 Mitglieder gleich 31,3 Prozent zum Kriegsdienst eingezogen. Die Zahl der Einberufenen ist absolut wie prozentual gestiegen, im September waren nur 27,7 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder eingezogen. Rund zwei Drittel von den im Felde stehenden Gewerkschaftlern sind verheiratet, sie mußten also Weib und Kind verlassen. Die Arbeitsgelegenheit hat sich seit der ersten Statistik bedeutend gebessert. Im Oktober zählten die Verbände noch 10,7 Prozent arbeitsloser Mitglieder gegen 21,2 Prozent im September. Zusammen waren das 176 000 Beschäftigungslose, zu denen noch rund 123 000 Mitglieder kommen, die bei verkürzter Arbeitszeit und geringerem Lohne beschäftigt werden. Die Wirklichkeit geht noch erheblich über diese Zahlen hinaus, weil eine größere Zahl von Verbandsvorständen keine betreffenden Mitteilungen machen konnte. Zu befürchten ist, daß die jetzige Besserung des Arbeitsmarktes nicht von langer Dauer ist, daß mit dem Eintritt der Winterzeit wieder eine beträchtliche Verschlechterung eintreten wird.

Der Situation entsprechend werden die Gewerkschaftskassen in hohem Maße für Unterstützungen in Anspruch genommen. Vom 1. August bis 31. Oktober wurden arbeitslose Mitglieder mit 12 1/2 Millionen und die Familien der Kriegsteilnehmer mit nahezu 3 Millionen unterstützt. Einzelne Gewerkschaften werden durch die Unterstützungen so stark in Anspruch genommen, daß andere Verbände ihnen hilfsbereit beispringen mußten. So war der Verband der Lithographen und Steindrucker bald nach Kriegsausbruch in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe ist eine besonders große. Trotz der stark gekürzten Unterstützungssätze und der sehr herabgesetzten Gehälter der Angestellten wäre der Verband außerstande gewesen, seinen Verpflichtungen gegen die Mitglieder nachzukommen, wenn nicht die Solidarität der anderen Gewerkschaften für die nötigen Mittel gesorgt hätte.

Angeichts dieser außerordentlichen Leistungen der Gewerkschaften fällt das Verhalten mancher Unternehmer besonders unangenehm auf. Während der Krieg im allgemeinen das Wirtschaftsleben überaus stark lähmt, begünstigt er gewisse Industrien übermäßig. Dort gebietet es an geübten Arbeitskräften, dafür fehlt es aber nicht an Unternehmern, die ihrem Streben nach Extraprofit die Fängel schiefen lassen. „Wirtschaftliche Freibeuter“ hat der Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen in Stuttgart solche Herren in einem Flugblatt genannt. Oft schon mußten die Militärbehörden bei Lieferungen für Heeresbedarf Lohndruckereien scharf entgegen-

treten. Das wachsame Auge der Gewerkschaften hat ebenfalls schon dem und jenem Progenipatrioten das Konzept verdorben. Das Organ des Maurerverbandes bringt in jeder Nummer eine sogenannte „Schandtafel“, an der die Namen solcher Freibeuter prangen. Die Metallindustriellen und auch Textilindustrielle, die Militäraufträge ausführen, müssen in dieser Zeit des „Burgfriedens“ mancherorts erst durch Streiks gezwungen werden, angemessene und vertragsmäßige Löhne zu zahlen. Die Metallindustriellen verbergen natürlich jetzt weniger denn je ihre Vorliebe für die „national-gesinnten“ Gelben. Den Werbern, die sich auf das Inserat einer Firma hin um Arbeit melden, wird vom *Unternehmerverband* der Metallindustriellen ein Schreiben zugefickt, worin der zarte Wink mit dem Zaunpfahl enthalten ist, die Firma wünsche, daß der Arbeiter dem Unterstützungsverein (Selben Verein) der Firma beitrete. Anspruch auf Reisegeld und Sicherheit auf Einstellung wird dem von auswärts Zureisenden nicht gegeben. Der Arbeitsuchende hat also das Nachsehen, wenn er die Bedingungen nicht erfüllt, die von der Firma an seine Gesinnung gestellt werden.

Unter der außergewöhnlichen Herabsetzung der Löhne leiden besonders die Arbeiterinnen viel. Als nach Ausbruch des Kriegs auf dem Wirtschaftsmarkte eine Kopflosgigkeit sondergleichen sich geltend machte, boten viele Angestellte, Verkäuferinnen und Arbeiterinnen an, zu niedrigeren Löhnen weiterzuarbeiten, um nur etwas zum Leben zu haben. Die Unternehmer stellten jedoch auch an das Personal selbst solche Forderungen, denen man sich unter dem Druck der nützlichen Verhältnisse fügte. Industrie und Handel haben sich im Laufe der Zeit wieder gehoben, aber die Löhne blieben häufig gekürzt. Unter vielen Beispielen eins: Die Verkäuferinnen in Warenhäusern mußten sich nach Ausbruch des Krieges eine Herabsetzung des Monatsgehältes von 90 auf 70 Mk. gefallen lassen. Die Warenhäuser sind heute von Käufern voll wie ehemals, und die Angestellten müssen bei gleich langer Geschäftszeit ebensoviel leisten wie früher. Die Gehaltskürzung aber blieb bestehen. Mit welchem Recht? Niemand wird das begreifen, und zwar um so weniger, als die Warenhausbesitzer sehr gewinnbringende Geschäfte machen, indem sie sich bei Militärlieferungen zwischen Auftraggeber und Fabrikanten schieben.

Auch die Arbeitsverteilung fordert die Kritik heraus. In manchen Betrieben werden ganz übermäßig Überstunden geschafft, obgleich es sich um wenig qualifizierte Arbeit handelt, die zu erlernen auch der ungebildeten Hand ein leichtes wäre. Tausende und aber Tausende laufen indes hungernd umher und suchen vergeblich Arbeit. Viele von ihnen, die organisiert sind, werden durch die Gewerkschaftskassen unterstützt, die das nur dank der Opferwilligkeit der beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder leisten können.

Die starke Weibung des Arbeitsmarktes in einigen Industrien wird natürlich von den betreffenden Gewerkschaften angenehm empfunden. Sie konnten sich finanziell schon wieder kräftigen, die Unterstützungen erweitern und die bisherigen Extrabeiträge aufheben. Viele Gewerkschaften haben zum nahen Weihnachten besondere Gelder aus der Verbandskasse bereit gestellt und freiwillige Sammlungen ausgeschrieben, damit den Familien der im Felde stehenden Mitglieder die trübseligen Festtage erträglicher werden. Kurz, die Gewerkschaften greifen helfend ein, wo und wie sie nur können. In der Folge gibt es stets genug und übergenug Arbeit. Lobend muß da immer wieder der Tatkraft und Hingebung unserer Genossinnen gedacht werden. In vielen Zahlstellen haben sie ohne weiteres die Verbandsgeschäfte übernommen, wenn alle Funktionäre zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Wie man recht oft aus der Gewerkschaftspresse erfährt, erfüllen sie zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder die freiwillig übernommene Aufgabe. Viele Frauen beugen in Zuschriften an die Zentralvorstände, wie wohnhaft sie in der Zeit der Not den Schutz und die Fürsorge der gewerkschaftlichen Organisation empfinden. Die Bande werden immer bewußter und fester, die die Arbeiterin und Arbeiterfrau mit den Gewerkschaften verknüpfen. Diese Entwicklung ist freudig zu begrüßen und energisch zu fördern. #

Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Die Oktoberzählung ergab 9531 arbeitslose Mitglieder, davon 4095 Arbeiterinnen. Im Vormonat wurden 17 574 und im Oktober des Vorjahres 2281 Arbeitslose gezählt. Am Schlusse des Monats Oktober hatte der Verband 63 837 männliche, 48 573 weibliche, zusammen 112 410 Mitglieder gegen 116 283 Ende September. Bei Ausbruch des Krieges zählte der Verband 133 357 Mitglieder. Rund 13 000 organisierte Textilarbeiter wurden bis jetzt zur Fahne einberufen, während etwa 8000 Mitglieder, die sich zu gleichen Teilen auf beide Geschlechter verteilen, durch die Kriegswirren und ihre Folgen der Organisation verloren gingen. sk.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die erspriessliche Tätigkeit der Konsumvereine auf dem Gebiet der Warenvermittlung in der gegenwärtigen schlimmen Kriegszeit wurde wiederholt auch von denen anerkannt, die vorher zu solcher Anerkennung wenig geneigt waren. Die Konsumvereine geben sich allerdings die redlichste Mühe, dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder — meist arme Leute — möglichst wenig unter der Verteuerung wichtigster Lebens- und Genußmittel zu leiden haben, die oft über das unvermeidliche Maß hinausgeht. Darüber wurde ja früher an dieser Stelle schon das Nötige gesagt. Ein sehr interessanter Vorgang dieser Art wird von der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ berichtet. Königsberg war bekanntlich längere Zeit in arger Kriegsnot und von der Gefahr einer russischen Invasion bedroht. Daß sich unter solchen Umständen die wirtschaftlichen Verhältnisse besonders ungünstig gestalten, ist selbstverständlich. In einer Stadtverordnetenitzung beschloß man sich deshalb auch mit der Frage, wie der Steigerung der Lebensmittelpreise im Kleinhandel entgegenzuwirken sei. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Königsberger Konsumverein öffentlich großes Lob spendet, weil er auf diesem Gebiet ein schönes Beispiel der Uneigennützigkeit gegeben habe. Ein Redner hob hervor, der Konsumverein habe nicht wie der Kleinhandel die Gelegenheit benützt, die Preise höher anzusetzen, als es unumgänglich nötig war. Seine Warenpreise seien vielsach beträchtlich niedriger als die festgesetzten Höchstpreise, die ja meist im Handel zu Normalpreisen werden. Es wurde dann eine ganze Reihe Waren angeführt, deren Preise das zahlenmäßig beweisen. Diese Anerkennung ist um so bemerkenswerter, als der Konsumverein bei der Warenbeschaffung außergewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Aus den niedrigeren Warenpreisen des Konsumvereins wurde ferner mit Recht geschlossen, daß die Höchstpreise zum Teil viel zu hoch festgesetzt worden seien. Auch der Oberbürgermeister bestätigte das nützliche Wirken der Genossenschaft und bemerkte, daß er gerade deshalb mit dazu beigetragen habe, das Weiterarbeiten dieses musiergütigen Betriebes zu ermöglichen.

In einem anderen Falle tritt die preisregulierende Wirksamkeit des Konsumvereins zugunsten der Allgemeinheit noch schärfer in die Erscheinung. In einer Sitzung der Stadtverordneten in Wiesbaden gab der Bürgermeister während einer Debatte über Höchstpreise folgende Erklärung ab: „Der Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend hat in der Krise außerordentlich gut gearbeitet. Er war der Situation vollständig gewachsen. Die großen Warenvorräte, welche die Genossenschaft allein am Plage gehabt hatte, versetzte sie in die Lage, weiter zu alten Preisen zu verkaufen. Dadurch war den übrigen Händlern die Möglichkeit genommen, mit ihren Preisen in die Höhe zu gehen. Die Arbeit des Konsumvereins ist in dieser Beziehung dankbar zu begrüßen und lobenswert hervorzuheben.“ — Bemerkenswert ist in dieser Erklärung die Tatsache, daß die Preise des Konsumvereins die Händler an einer Schröpfung des Publikums verhindert haben, die sonst sicher eingetreten wäre. Beispiel auf Beispiel zeigt, wie sich die Konsumgenossenschaftliche Tätigkeit in dieser schlimmen wirtschaftlichen Not bewährt!

Um so unverantwortlicher ist es, wenn trotzdem gewisse Kleinhandelsorgane noch immer die Arbeitergenossenschaften in der kleinlichsten und rücksichtslosesten Art bekämpfen, ohne sich in geringsten an den „Burgfrieden“ zu kehren. So kam der „Kolonialwaren-Zeitung“ vor kurzem ein unglaublicher Einfall. Das Blatt erlaubte sich zu schreiben, die Konsumvereine wollten „ihre Mitwirkung der Erhaltung des Vaterlandes für schönes Geld verkaufen“. Dieses „Verkaufen“ soll darin bestehen, daß die Konsumvereine auch für die Beamten die staatsbürgerliche Gleichberechtigung verlangten, Konsumvereine als Mitglieder anzugehören, ein Verlangen, dem inzwischen auch entsprochen worden ist. Es genügt wohl, das Verhalten jenes Blattes einfach tiefer zu hängen, denn es dürfte gegenwärtig seinen Zweck verfehlen. — Eine Anzahl mittelständlicher Verbände haben sich an Militär-, Reichspost- und Eisenbahnbehörden gewendet mit dem Ersuchen, den frühesten Zustand wieder herzustellen, nachdem den Beamten die Zugehörigkeit zu Konsumvereinen direkt oder indirekt untersagt war. Die Erfolglosigkeit dieser Bemühungen kann gewiß als selbstverständlich angenommen werden.

Ein schönes Beispiel internationaler Solidarität geben in dem viel gelästerten England die englischen Vorstandsmitglieder des Internationalen Genossenschaftsbundes. Sie wenden sich mit einem Aufruf an die englischen Konsumvereine, in dem um Beiträge für einen Fonds ersucht wird, der gesammelt und verwendet werden soll, um in England aufhältige unschuldige deutsche, österreichische und ungarische „Feinde“ zu unterstützen. Es heißt unter anderem in dem Aufruf: „Diese Pflicht liegt uns nicht nur

aus Humanitätsgründen ob, sondern auch wegen der internationalen Beziehungen, die wir durch unsere Organisation gepflegt und wegen der Ideale der allgemeinen Brüderlichkeit und des Friedens, die unsere nationalen Bewegungen gemeinsam gefördert haben." Man kann sich nur freuen, daß die politischen Verhältnisse Englands eine derartig wohlthuende Äußerung internationalen Denkens und Handelns gestatten.

Der norwegische Genossenschaftsbund hat unter den Konsumvereinen eine Sammlung für die Belgier veranstaltet; der Beitrag des Bundes selbst beträgt 500 Kronen. — Im Oktober tagten in New York die Vertreter von Konsumvereinen und für das Genossenschaftswesen sich interessierende Privatleute, um die Frage des genossenschaftlichen Großverkaufs und der genossenschaftlichen Propaganda zu behandeln. Die Konferenz erklärte sich einstimmig damit einverstanden, daß die Arbeit in Angriff zu nehmen sei für die Durchführung genossenschaftlicher Grundsätze, wie sie in Rochdale vorbildlich gepflegt werden. Zur Regelung und Leitung der Propaganda wurde ein siebengliederiger Ausschuß gewählt; ein weiterer Ausschuß erhielt den Auftrag, die Frage der Errichtung einer genossenschaftlichen Großverkaufsgesellschaft zu prüfen. H. F.

Notizenteil.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Arbeitslosigkeit im Monat Oktober. Die im September dem August gegenüber eingetretene Besserung des Arbeitsmarktes in fast sämtlichen Gewerbebezügen hat auch im Oktober angehalten. Ja, die Beschäftigung hat zum Teil noch in den Industrien zugenommen, die für die Meer- und Marineverwaltungen sowie für Sanitätsbehörden Aufträge auszuführen haben. Für die weiblichen Erwerbstätigen kommen dabei insbesondere die Textil- und die Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie in Betracht. Trotz alledem ist aber die Zahl der weiblichen Arbeitslosen noch außerordentlich hoch und übertrifft verhältnismäßig die der männlichen um ein Bedeutendes. Das ist wohl hauptsächlich mit darauf zurückzuführen, weil unzählige Frauen, die früher keinem Erwerb nachgingen, jetzt gezwungen sind, einen solchen zu suchen. Die Männer sind einberufen und die farge Kriegsunterstützung reicht mit samt allen Zuschüssen nicht für den Unterhalt aus. Vergessen wir nicht, daß Teuerungspreise herrschen. Bei einigem guten Willen der Unternehmer wäre es möglich, noch mehr weibliche Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Läden in den Betrieben sind immer noch groß, was am deutlichsten durch die Zahlen der Beschäftigten bestätigt wird. Es wurden von 323 Unternehmungen, die hierüber im Berichtsmonat und dem gleichen Monat des Vorjahres Angaben gemacht haben, insgesamt 26882 Arbeiterinnen beschäftigt. Das sind bei dieser kleinen Zahl von Betrieben allein 4174 weniger als im Oktober 1913.

So war der Andrang weiblicher Arbeitsuchender zu den Arbeitsnachweisen immer noch groß. Das geht aus der Statistik von 776 Arbeitsnachweisen hervor — 245 hatten diesmal nicht rechtzeitig berichtet. Danach wurden im Oktober 1914 für weibliche Erwerbstätige insgesamt 86740 offene Stellen gemeldet, und 165396 Arbeitsgesuche, unter denen sich noch rund 28000 befanden, die vom Vormonat übernommen worden waren. Von den gemeldeten offenen Stellen konnten aber im Laufe des Monats nur 67687 besetzt werden, es blieben demnach im Oktober 97700 Arbeitsgesuche von Frauen und Mädchen unberücksichtigt. Ein Vergleich mit dem Ergebnis des vorjährigen Oktober zeigt eine Zunahme der Arbeitsgesuche von rund 59000, während die Zahl der offenen Stellen die gleiche geblieben ist. Auf 100 offene Stellen kamen im Berichtsmonat 191 weibliche Arbeitsuchende. Die entsprechenden Zahlen im Vormonat betragen 184 und im vorjährigen Oktober 122. Nach Landesgebieten geordnet wurde das ungünstigste Verhältnis wieder im Königreich Sachsen ermittelt, dort kamen 394 weibliche Arbeitsuchende auf 100 Stellen. Dann folgen die freie Stadt Bremen mit einer Verhältniszahl von 386; die Thüringer Staaten mit 295, Elsaß-Lothringen mit 271 und Bayern mit 242 weiblichen Arbeitsuchenden auf 100 Stellen.

Ein noch übersichtlicheres Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit liefern die gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen. Diese liegen im Monat Oktober 1914 von 28 Organisationen vor, die zusammen 166086 Mitglieder umfassen gegen 215655 im Oktober 1913. In diesen Verbänden waren zu Ende des Berichtsmontats insgesamt 29018 Arbeiterinnen beschäftigungslos, das sind 18,5 vom Hundert der erfassten Mitglieder gegen 23,4 Prozent im Vormonat September. Im ersten Kriegsvierteljahr hat sich demnach die Arbeitslosenprozentzahl erniedert: bei den männlichen von 21,2 im August

auf 9,9 im Oktober, bei den weiblichen von 32,4 im August auf 18,5 im Oktober. Doch vergleichen wir den Stand der Dinge mit dem im vorjährigen Oktober, wo 4992 gleich 2,4 Prozent weibliche Arbeitslose festgestellt wurden. Es stellt sich dann im Berichtsmonat ein Mehr von 24026 beschäftigungslosen weiblichen Mitgliedern heraus. Eine höhere Verhältniszahl weiblicher Arbeitsloser als im Durchschnitt weisen 14 Verbände auf, und unter dem Durchschnitt blieben 13 Verbände, von denen jedoch nur 4 einen geringeren Prozentsatz arbeitsloser weiblicher Mitglieder als 5 verzeichnen. Eine Organisation (der Verband der Gärtner) hatte keine weiblichen Arbeitslosen. Um Vergleiche untereinander zu ermöglichen, sind in der nachfolgenden Übersicht die Verbände mit größerer weiblicher Mitgliederzahl aufgeführt. Danach waren von 100 weiblichen Mitgliedern arbeitslos:

Im Verband der	bei einer weibl. Mitgliederzahl von	zu Ende		zu Ende	
		Aug.	Sept.	Okt. 1914	Okt. 1913
Textilarbeiter . . .	48578	26,2	16,5	8,9	1,5
Metallarbeiter . . .	28510	41,2	33,7	28,6	1,7
Fabrikarbeiter . . .	23229	19,8	17,3	16,4	1,8
Buchbinder . . .	13602	40,6	34,2	27,9	1,9
Transportarbeiter . . .	8251	5,4	4,9	3,7	0,8
Schuhmacher . . .	7624	49,6	24,4	16,7	0,9
Holzarbeiter . . .	6436	44,0	41,0	38,0	1,1
Hutmacher . . .	5669	80,9	66,1	60,3	31,1
Bäcker . . .	3378	13,1	8,9	4,5	1,4
Porzellanarbeiter . . .	3141	58,5	49,1	38,4	1,2
Lederarbeiter . . .	2010	26,6	25,2	19,8	0,7
Gemeindearbeiter . . .	1522	3,4	2,5	5,2	1,1
Brauerei- u. Mühlenarb.	1352	6,1	7,2	8,5	3,7
Küchener . . .	1055	26,1	5,5	6,7	?
Sattler u. Portefeuilier	995	67,3	50,1	39,2	1,5
Glasarbeiter . . .	981	72,9	69,8	50,2	1,9

Eine Prüfung der Zahlen ergibt, daß während der Kriegszeit nur in den beiden Verbänden der Gemeinde- und der Brauerei- und Mühlenarbeiter die Arbeitslosenzahlen gestiegen sind, bei den übrigen Gewerkschaften sind sie gesunken, und zwar bei einigen ganz erheblich. Am ungünstigsten liegen die Dinge immer noch für die weiblichen Mitglieder des Hutarbeiterverbandes. In dieser Organisation waren zu Ende Oktober 1914 noch 60,3 Prozent, also rund drei Fünftel der weiblichen Mitglieder arbeitslos. Jedoch zeigt die Tabelle, daß auch in den Verbänden der Glasarbeiter, Sattler und Portefeuilier, Porzellanarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter und Buchbinder die weiblichen Mitglieder noch unter großer Arbeitslosigkeit leiden. Im Vergleich zum Oktober 1913 ist die Arbeitslosigkeit immer noch eine außergewöhnlich hohe. Es wäre deshalb verfehlt, jetzt schon aus der eingetretenen Besserung des Arbeitsmarktes irgend welche weitgehende Schlüsse zu ziehen. Das Zurückgehen der Arbeitslosenziffern ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die Anforderungen des Heeresbedarfs und des sehr kurzen Weihnachtsgeschäfts. Deshalb bleibt es trotz allem dringender als je, daß ausreichende passende und lohnende Arbeitsgelegenheit auch für die weiblichen Erwerbstätigen geschaffen wird. b.

Soziale Gesetzgebung.

Einem Schritt vorwärts zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung in den Vereinigten Staaten bedeutet eine Entscheidung des New Yorker Staats- und Obergerichts, und zwar kommt diese Entscheidung zunächst den erwerbstätigen Frauen zugute. Der höchste Gerichtshof des genannten Bundesstaats der nordamerikanischen Union hat jenen Teil des Arbeiterschutzgesetzes für „verfassungsgemäß“ erklärt, der die Nachtarbeit der Frauen verbietet. Er bestimmt nämlich, daß Frauen und Mädchen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden dürfen. Die Entscheidung des Gerichts erfolgte mit 4 Stimmen gegen 1.

Die Ansicht der Mehrheit wurde vom Richter Ingraham den folgenden Erwägungen begründet. Die erwerbstätige Frau bedürfe des gesetzlichen Schutzes, und die Gesetzgebung sei berechtigt, im Hinblick auf die gesundheitlich und moralisch schlimmen Folgen der Nachtarbeit für weibliche Personen, deren Beschäftigung in den Nachtstunden zu verbieten. Das Ziel des betreffenden Gesetzes sei, die Gesundheit der Frauen zu heben und dadurch die Rasse zu kräftigen. „Eine Beschäftigung, die die Gesundheit der Frau untergräbt“, erklärte Richter Ingraham, „gefährdet die Gesundheit und Widerstandsfähigkeit späterer Generationen und wird deshalb zu einer wichtigen öffentlichen Frage.“ Das stimmt

und gilt nicht nur für das Verbot der Nacharbeit, sondern für alle Maßnahmen eines durchgreifenden geschlichen Arbeiterinnen-schutzes und der sozialen Fürsorge für das weibliche Geschlecht.

Die Unternehmer hatten die Rechtsgültigkeit des geschlichen Verbots der Frauennacharbeit mit dem alten, verstaubten Gemeinplatz angefochten, die Bestimmung verstoße gegen die Verfassung des Staates, sie „beschränke die Freiheit der Arbeiterinnen“ und raube ihnen die Möglichkeit, ihren Unterhalt zu verdienen. Allein dieser Ladenaüter der seligen Manchesterweisheit machte auf die Richter keinen Eindruck mehr. Das ist erfreulich und verdient Beachtung. Bis jetzt war es ein großes Hindernis für die Fortentwicklung der Arbeiterschutzes in den Vereinigten Staaten, daß die staatlichen Obergerichte als gehorjame Diener der Dollarfürsten die Vorschriften zum Schutze der Arbeiter und Arbeiterinnen als verfassungswidrig erklärten. Das aber unter Berufung auf den Grundsatz der Manchesterlehre, solche Vorschriften bedeuteten eine Beschränkung der Freiheit der Proletariat, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und zu nützen. Allmählich scheint eine bessere Einsicht Platz zu greifen. f. r.

Frauenstimmrecht.

Gegen das Frauenwahlrecht unter Berufung auf die Kriegspflicht der Männer zu polemisieren, diesen sonderbaren Geschmack beweist eine Frau Joh. S. in Nr. 18 des „Sächsischen Evangelischen Arbeiterblattes“. Unter dem Titel: „Krieg, Frauenwahlrecht und -sitte“ schreibt sie: „Bei keiner anderen Gelegenheit tritt wohl so greifbar der große Unterschied zwischen Mann und Frau in Erscheinung, wie bei solcher Mobilmachung, wie wir sie seit 44 Jahren nun erstmals wieder in diesen Tagen erlebten. Da scheiden sich die Lager zwischen Mann und Frau, deren Grenzen sonst so oft verwischt werden sollen, scharf; denn zu einer frontbattanten Kriegstruppe wird sich die Frauenwelt doch wohl nie entwickeln wollen. Und wird es einem da nicht mit einem Male auch so recht klar: der Mann, der für sein Vaterland ohne weiteres in den Tod zu gehen bereit ist, der seinen eigenen Willen gänzlich aufgeben muß, um gehorjam und treu an der Stelle, die der Staat für ihn bestimmt, seine Pflicht bis in den Tod zu erfüllen — dieser Mann sollte doch wahrhaftig auch vor der Frau Vorzugsrechte im Staate genießen. Und als erstes Vorzugsrecht gilt das Wahlrecht, von dem die Frauen neuerdings meinen, sie müßten es auch erlangen. Ich gehe so weit, daß ich sage, die Frau sollte es gar nicht begehren; ganz abgesehen davon, daß ich hoffe, sie wird es nie erlangen. Zudem: die Frau sieht doch, daß der Parteikampf so oft besetzt. Schlimm genug, daß die Männer ihm verfallen; die Frau sei dankbar, daß sie ihm fernbleiben darf und dadurch vor unüberwindlichen Temperamentsstürmen bewahrt bleibt. Ich würde es — und mit mir viele deutsche Frauen — für ein unendliches Unglück ansehen, wenn die Frau das politische Wahlrecht wirklich erlangte; und diese Tage der Mobilmachung, die in ihrer Größe und ihrem Ernst so manches, worüber sonst gestritten wird, ins rechte Licht setzen, scheinen mir geeignet, auch die Frauenwelt etwas zurechtzurücken über das, was ihr eines-teils zukommt, und über das, was ihr andernteils verschlossen bleibt und nach ewigen Gesetzen verschlossen bleiben soll.“

Es gehört wirklich eine besondere Geistesverfassung dazu, sich gegen das Bürgerrecht der Frauen just in einer Zeit zu wenden, wo diese durch ihre soziale Hilfsaktivität in vollem Maße Bürgerpflichten erfüllen, in einer Zeit, wo der Krieg als „Fortsetzung der Politik mit gewalttätigen Mitteln“ in der fühlbarsten Weise in das Leben von Millionen Müttern, Gattinnen und Schwestern eingreift. Hat sich Frau Joh. S. je die Frage vorgelegt, wer die Söhne geboren, gepflegt und erzogen hat, die heute als kriegsführende Männer auf dem Schlachtfeld stehen? Hat sie je darüber nachgedacht, daß die Frauen alle Bürden und Opfer des Krieges mittragen müssen, und daß es oft für den Mann leichter ist, das eigene Leben einzusetzen und hinzugeben, als für die Frau, den Tod oder die Verstümmelung des Gatten, des Bruders, des Geliebten zu erfahren? Doch sehen wir davon und von anderen guten Gründen ab, die die Hinsälligkeit der wahlrechtsfeindlichen Auffassung dartun. Wie will es aber Frau Joh. S. mit ihrem Gewissen als evangelische Christin vereinigen, daß sie das Wahlrecht nur als Prämie für jene Glieder der Gesellschaft fordert, die sich unter dem Einfluß irdischer Dinge gezwungen fühlen, das göttliche Gebot zu übertreten: „Du sollst nicht töten“?

Unre Weiber laßt schweigen in der Gemeinde, diesen alten kirchlich-spießbürgerlichen Grundsatz hat die evangelische Generalsynode Badens in Karlsruhe einer

zeitgemäßen Nachprüfung unterzogen. Sie beschäftigte sich mit der Frage des kirchlichen Frauenstimmrechts und beschloß dazu folgendes: „Die Generalsynode hält die verfassungsmäßige Mitarbeit der Frau in den Kirchengemeindevertretungen für wünschenswert und überweist die vorliegenden Eingaben als Material einem zur Vorbereitung einer Revision der kirchlichen Verfassung zu bildenden Ausschuss.“ mg.

Frauenbewegung.

Frauenrecht und Krieg. Während des Krieges ruht der Kampf der Parteien. Die Gegensätze bleiben, aber man ist bemüht, sie nicht besonders hervorzuhoben. Männer und Frauen der verschiedensten Richtungen lassen ihre Meinungsverschiedenheiten unerörtert und arbeiten zusammen, um die durch den Krieg geschlagenen Wunden zu heilen, um so gut es geht das unsägliche Elend zu mildern, das der Krieg überall mit sich bringt. Zu diesem Zweck haben sich besondere Organisationen gebildet, und eine davon ist der „Nationale Frauendienst“. Bekanntlich besteht die Haupttätigkeit dieser Vereinigung darin, Kinder und notleidende Erwachsene zu speisen, sie mit Kleidung zu versorgen, Ratheisenden beizustehen, juristischen Beistand zu vermitteln, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen und die Erwerbslosenunterstützungsanträge der Frauen zu bearbeiten. Je nachdem der „Nationale Frauendienst“ von den Gemeindebehörden gefördert wird, leistet er mehr oder weniger. Fließen ihm von privater Seite reichliche Mittel zu, so ist er imstande, größere Unterstützungen zu gewähren und wirksamer zu helfen. Viele der Frauen bemühen sich, ihr bestes zu leisten, wenn auch hier und da einzelne dabei sein mögen, denen es weniger um das Helfen als um die Anerkennung ihrer Tätigkeit zu tun sein mag. Und doch soll der „Nationale Frauendienst“ ein Unrecht bedeuten. Ein Unrecht? Ja wohl, wer daran zweifelt, der befrage den „Deutschen Bund gegen die Frauenemanzipation“, der überhaupt mit der Frauentätigkeit während des Krieges sehr unzufrieden ist. Freilich geht es nicht gut, in dieser Zeit der „deutschen Einheitslichkeit“ offene Anklagen gegen die Frauenbewegung zu erheben, aber in einem vertraulichen Aufruf sollen die Mitglieder doch über die verderblichen Absichten dieser Bewegung unterrichtet werden.

„Unsere Frauenrechtlerinnen machen sogar den offenen Versuch“, so heißt es da, „die Kriegszeit in ihrem Sinn auszunutzen; die neubegründete Organisation des ‚Nationalen Frauendienstes‘, bei der ein auffälliges Gewicht auf die Teilnahme an Arbeiten innerhalb der Gemeindeverwaltung und auf das Eindringen in solche Berufe gelegt wird, die sonst den Männern vorbehalten waren, zeigt deutlich die Eigenschaften frauenrechtlerischer Tätigkeit, deren Ziel die Erringung des kommunalen Wahlrechts der Frauen ist. . . . Gegenüber den bestehenden, besonders für den Kriegsfall eingerichteten vaterländischen Organisationen bedeutet der ‚Nationale Frauendienst‘ geradezu ein Unrecht. Seine Pflicht wäre es gewesen, die deutsche Einheitslichkeit mehr zu helfen, und wenn er wirklich nötig war, so mußte er sich überall dem ‚Roten Kreuz‘ unterstellen, wie es andere selbständige Organisationen auch getan haben.“

Der „Bund gegen die Frauenemanzipation“ sieht schon das Entsetzliche kommen, daß die Frauen das kommunale Wahlrecht erhalten werden, denn nach dem Kriege werde „seitens der Regierung und der Volksvertretungen eine harmlose Bewilligungsfreudigkeit herrschen, die alle Wünsche erfüllen möchte“. Deshalb Zusammenschluß gegen die Frauenbewegung, die um so gefährlicher wird, da sie „trotz ihrer inter- und antinationalen Grundtendenzen sich heute hier und da nationale Verdienste erwirbt“.

Das ist eben das Schlimme! Die Mitarbeit der Frauen im öffentlichen Leben kann während des Krieges nicht gut entbehrt werden. Die Frauen leisten wirklich Wertvolles durch ihre Fürsorgetätigkeit für die in Not geratenen Volksgenossen. Man begreift deshalb beinahe die Angst der Antifrauenrechtsbündler. Der „Bund“ fühlt sich verpflichtet, seine Mitglieder vor Vertrauensseligkeit zu warnen. Wer weiß, was diese Frauenrechtlerinnen noch alles im Schilde führen! Und da er nichts Rechtes zum Beweise dafür nennen kann, redet er wie so oft schon von der „auf leisen Sohlen heranschleichenden Verwilderung“. — Es ist uns nicht möglich, die Gedanken für länger als ein paar Minuten von den Entbehrungen und Leiden der Völker abzulenken, die der Krieg gegeneinander zwingt. Aber immerhin, für die wenigen Augenblicke ungetrübtter Heiterkeit, die uns das Anschreiben geschenkt hat, sei dem „Bund gegen die Frauenemanzipation“ und seinen Leitern gedankt. t. b.